

Nov 2016

Seite 1/2

Berufspolitischer Leitantrag

Strukturwandel im Lehrerzimmer

Teilzeit / Vollzeit

Der Frauenanteil in den Kollegien der Gymnasien steigt stetig; an etlichen Gymnasien gibt es bereits mehr Frauen als Männer. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist hoch. Davon ist der überwiegende Teil weiblich. Hinzukommen befristet angestellte Aushilfslehrkräfte mit Teilzeitverträgen und nebenberuflich Beschäftigte.

Die Gründe für Teilzeitanträge sind vielfältig: Zum einen geht es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zum anderen um Entlastungsmöglichkeiten, um der hohen Arbeitsbelastung des beruflichen Alltags gerecht zu werden.

All dies stellt die Schulen vor steigende Herausforderungen. Diese bestehen darin, die individuellen Wünsche und Bedürfnisse der Lehrkräfte mit den dienstlichen Erfordernissen in Einklang zu bringen.

Damit berechnigte Anliegen von Lehrkräften in familienpolitischer Teilzeit mit den berechtigten Interessen von Vollzeitlehrkräften in Einklang gebracht werden können, sind verschiedene Aspekte von Nöten:

- Offenheit, Kommunikation, gegenseitiges Verständnis und Rücksichtnahme
- Unterstützung durch die Dienstvorgesetzten und den Dienstherrn
 - durch Beibehaltung und Ausbau der integrierten Lehrerreserve, damit sie mehr Fächerverbindungen umfassen kann
 - durch flächendeckende Onlinekommunikationsplattformen und durch die entsprechenden Dienstvereinbarungen zur Nutzung
 - durch Planbarkeit von Sitzungen, Konferenzen etc. durch rechtzeitige Bekanntgabe
 - durch klare Regelungen vor Ort bezüglich freier Tage, Stundenplanwünschen, Klassenleitungen, Teilnahmen an Fahrten etc.
 - durch verlässliche, ausgewogene und nachvollziehbare Regelungen bezüglich der Rückkehr nach der Beurlaubung

Den Personalräten kommt in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle zu (vgl. Art. 68 und Art. 69 BayPVG).

Besorgniserregend ist der zu beobachtende Trend, dass zunehmend Kolleginnen und Kollegen in Teilzeit gehen, um so die gestiegenen Belastungen und Anforderungen bewältigen zu können. Das kann und darf keine Lösung sein. Von daher ist eine flächendeckende Arbeitszeituntersuchung überfällig. Diese wird im Jahr 2017 vom DPhV bundesweit durchgeführt.

Alle unsere Kolleginnen und Kollegen sind dringend dazu aufgerufen, an dieser Studie im eigenen Interesse teilzunehmen!